

Neufassung der Vorlage für die Sitzung des Senats am 14.09.2021

„Wie geht die Landeszentrale für politische Bildung mit linksextremistischen Vorfällen in ihrem Umfeld um?“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Inwieweit hat der Senat Kenntnis von dem Fall, der in die Fallstatistik für 2020 des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen wurde, der auf eine Meldung wegen eines linksextremistischen Aushangs am Schwarzen Brett im Seminargebäude der Landeszentrale für politische Bildung beim Bunker Valentin durch einen Mitarbeiter zurückging?
2. Inwiefern ist dem Senat bekannt, ob es in diesem Umfeld weitere Vorfälle dieser Art gab, die evtl. nicht zur Anzeige gebracht worden sind?
3. Welche Kenntnis hat der Senat, wie seitens der Landeszentrale für politische Bildung oder seitens der kooperierenden Volkshochschule Bremen Nord auf diesen Vorfall im Nachgang reagiert wurde und was dafür getan wurde entsprechende Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Das Landesamt für Verfassungsschutz führt keine Fallstatistik.

Der Senat erhielt im März 2020 Kenntnis von einem Aushang mit den zwei Zeilen „Nazis töten. In Gedenken an die Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalt #NSU #Walter Lübcke #Halle #Hanau“ am Schwarzen Brett im Foyer des Bunker Valentin. Tatsachen, die einen linksextremistischen Hintergrund begründen würden, konnten nach Auskunft des Landesamtes für Verfassungsschutz nicht ermittelt werden.

Zu Frage 2:

Dem Senat sind keine weiteren Vorfälle bekannt.

Zu Frage 3:

Die Landeszentrale hatte entsprechend keine Veranlassung, in besonderer Art und Weise auf einen Vorfall reagieren zu müssen. Es existieren ausreichende Mechanismen, Aushänge o.ä. mit extremistischen Inhalten zu unterbinden.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit der Beantwortung dieser Anfrage sind keine zusätzlichen finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden. Die dargestellten Sachverhalte haben keine geschlechtsspezifische Auswirkungen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung mit dem Senator für Inneres und dem Senator für Kultur ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist zur Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschluss

Der Senat beschließt die vorliegende Antwort der Senatorin für Kinder und Bildung vom 14.09.2021 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion der FDP „Wie geht die Landeszentrale für politische Bildung mit linksextremistischen Vorfällen in ihrem Umfeld um?“ vom 09.09.2021.